

Änderungsantrag

des Abgeordneten Kleinert (Marburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 14

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

— Drucksachen 10/3700 Anlage, 10/4164, 10/4180 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Rahmen eines Entmilitarisierungsprogramms wird die im Einzelplan 14 für das Haushaltsjahr 1986 vorgeschlagene Erhöhung

- der militärischen Personalstellen um 3 000,
- der Personalstellenverbesserungen
 - um 887 Stellen im Bereich des militärischen Personals,
 - um 31 Stellen im Bereich des zivilen Personals

abgelehnt.

Statt dessen werden die Stellenansätze auf der Basis des Haushaltsjahres 1985 im Bereich der

- militärischen Personalstellen bei den Längerdienenden und Wehrübungsplätze eingefroren und
- bei den Wehrpflichtigen entsprechend der demographischen Entwicklung abgesenkt (1986: 225 400).

Die Stellen für militärisches und ziviles Personal in der Militärbürokratie werden entsprechend einer natürlichen Abgangsrate von 2,5 % pro Jahr reduziert.

Bonn, den 26. November 1985

Kleinert (Marburg)

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Auch die im Haushalt zum Ausdruck kommenden Maßnahmen im Personalbereich sind deutlich als Aufrüstungsmaßnahmen zu qualifizieren. Dies gilt auch, wenn von dem Ziel einer Nichtveränderung des Gesamtumfangs der Streitkräfte gesprochen wird. Denn unter den Stichworten „Verbesserung der Personallage“ verbirgt sich eine qualitative personelle Aufrüstung, so durch

- die Erhöhung des Längerdienenden-Anteils und Schaffung neuer Planstellen für neue Aufgaben, zur Verbesserung deutscher Präsenz im integrierten Bereich, zur Motivationsförderung,
- die Intensivierung der Ausbildung, Führungsfähigkeit, Ausdehnung von Übungsintensität,
- Erhöhung von Wehrübungsplätzen und verstärkte Einberufung von Reservisten,
- die Auslagerung von militärischen Diensten in den militarierten zivilen Bereich (z. B. Entlastung vom Wachdienst durch gewerbliche Wachen).

Leitlinien der GRÜNEN für Personalkürzungen sind daher:

1. Keine personelle Erweiterung durch qualitative Aufrüstung,
2. keine Stützung von Maßnahmen, die einen abrüstungspolitischen Bremseffekt haben könnten (Erhöhung der Attraktivität der Soldatenlaufbahn, Präsenz von Militärs bei Abrüstungsverhandlungen).